Gruppe Stuttgart e.V.

Pressedienst

30. Oktober 2025

Naturschutzbund Deutschland NABU e.V., Gruppe Stuttgart, Charlottenplatz 17, 70173 Stuttgart

Greenpeace Stuttgart, Augustenstr. 57, 70178 Stuttgart

Ein strategisches Instrument:
Die Verpackungssteuer ist weit mehr als nur eine neue Abgabe

Interview mit Jennifer Häusler (Greenpeace Stuttgart) und Uwe Walker (NABU Stuttgart)

Stuttgart – Laut der Abfallwirtschaft Stuttgart (AWS) betrug die Menge an "wildem Müll" im Stadtgebiet Stuttgarts im Jahr 2024 exakt 5156 Tonnen. Für die Stadtreinigung sind diese Abfallmengen kaum noch zu bewältigen, wie aus einem Bericht der *Stuttgarter Nachrichten* vom 9. August hervorgeht.

Das Problem ist nicht nur aus hygienischen und optischen Gründen, sondern insbesondere aus Gründen des Umweltschutzes schon lange offensichtlich. Deshalb werben verschiedene Umweltverbände, darunter die Ortsgruppen von NABU und Greenpeace, intensiv für eine Verpackungssteuer für Stuttgart, ähnlich dem Vorbild der Städte Tübingen und Konstanz, die das Problem durch dieses Steuerungsinstrument weitgehend in den Griff bekommen und zusätzlich Benefits für den kommunalen Haushalt generiert haben. In einem Positionspapier vom 10. März dieses Jahres stellten NABU, Greenpeace, BUND, Cleanup Network, Fridays for Future und Ocean Gallery ihre Ansichten bereits der Öffentlichkeit vor (siehe PDF im Anhang).

Zurzeit berät die Haushaltskoalition im Stuttgarter Gemeinderat den Haushalt für 2026, worin nach Vorstellungen von NABU, Greenpeace und den anderen genannten Organisationen auch eine Verpackungssteuer einfließen sollte.

Herausgeber: Naturschutzbund Deutschland NABU e.V., Gruppe Stuttgart, Charlottenplatz 17, 70173 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 69 44, Fax 0711 / 64 999 62, www.nabu-stuttgart.de

Gruppe Stuttgart e.V.

Pressedienst

30. Oktober 2025

Jennifer Häusler von Greenpeace Stuttgart und Uwe Walker von der NABU-Ortsgruppe Stuttgart haben sich mit dem Thema intensiv auseinandergesetzt und beantworten im Folgenden die zentralen Fragen rund um eine mögliche Verpackungssteuer.

1. Frau Häusler, Herr Walker, warum sollte die Stadt Stuttgart dringend eine Verpackungssteuer einführen?
In Stuttgart hat die „Vermüllung“ der Innenstadt, der Stadtbezirke und auch der Grünflächen, Parks und Erholungsgebiete über die letzten Jahre dramatisch zugenommen. Einwegverpackungen, wie Coffee-to-go-Becher oder Burger-Boxen, verbrauchen zur Herstellung und Entsorgung sehr viel Energie und Ressourcen. In der Regel werden die Verpackungen aber dann nur ca. 15 – 20 Minuten benutzt, bevor sie im Müll landen. Diesen verschwenderischen Umgang mit Ressourcen werden wir uns auf Dauer nicht mehr leisten können. Besonders das große Volumen der Einwegverpackungen lässt die öffentlichen Mülleimer schnell überquellen.

Die clevere Alternative dazu sind die Mehrwegsysteme für Essensverpackungen. Mit der Einführung einer Verpackungssteuer, wie es sie in Tübingen und Konstanz schon gibt, werden Anreize zur Nutzung von Mehrwegsystemen geschaffen. Außerdem kann die Stadt mit den Einnahmen aus der Verpackungssteuer zusätzliche Reinigungsmaßnahmen finanzieren. Somit wird der Nutzer der Einwegverpackungen an den Kosten der Stadtreinigung beteiligt. Wer sich die zusätzlichen Kosten durch die Steuer sparen möchte, nutzt Mehrwegverpackungen, auf die keine Steuer anfallen.

2. Fassen Sie bitte die Vorteile einer Verpackungssteuer für Stuttgart zusammen.

Herausgeber: Naturschutzbund Deutschland NABU e.V., Gruppe Stuttgart, Charlottenplatz 17, 70173 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 69 44, Fax 0711 / 64 999 62, www.nabu-stuttgart.de

Gruppe Stuttgart e.V.

Pressedienst

30. Oktober 2025

Einer der offensichtlichsten Vorteile einer solchen Steuer ist die spürbare Reduzierung des Abfallaufkommens der voluminösen Einweg-Essensverpackungen im öffentlichen Raum. Die

Innenstadt und die Stadtbezirke werden wieder sauberer. Somit wird die Lebensqualität der Stuttgarter Bürger gesteigert und die Stadt gewinnt an Attraktivität für Besucher und Touristen.

Ein weiterer entscheidender Effekt sind die zusätzlichen Einnahmen für die Stadt, die durch diese kommunale Steuer generiert werden. Diese finanziellen Mittel können von der AWS für die Stadtreinigung genutzt werden und der Ausbau der Mehrweg-Infrastruktur kann gefördert werden.

Die Steuer hätte auf jeden Fall eine wichtige Lenkungswirkung hin zur Nutzung von Mehrwegsystemen bei Essensverpackungen. Wenn Einwegverpackungen durch eine zusätzliche Abgabe teurer werden, entsteht für Verbraucher und Gastronomie ein klarer Anreiz, auf Mehrweglösungen umzusteigen und Einwegverpackungen gänzlich zu vermeiden. Die Verpackungssteuer würde den bewussten Umgang mit Verpackungen fördern und Verbraucher dazu anregen, über Alternativen nachzudenken.

Schauen wir doch mal nach Tübingen: Seit die Verpackungssteuer dort eingeführt wurde, zeigt sich eine deutliche Steigerung der Mehrwegnutzung und des Mehrwegangebots. Weitere Innovationen im Mehrwegbereich könnten auf den Weg gebracht werden, z.B. ein Mehrwegsystem mit unabhängigen Rücknahmestellen. Ein neuer Markt für nachhaltige

Verpackungsdienstleistungen und -produkte könnte entstehen, der durch Konkurrenz und Kreativität angetrieben wird.

Und natürlich schonen wir durch die Reduzierung der Einwegverpackungen wertvolle Ressourcen und sparen Energie für deren Herstellung und Entsorgung. Jede vermiedene Einwegverpackung ist ein Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz!

Herausgeber: Naturschutzbund Deutschland NABU e.V., Gruppe Stuttgart, Charlottenplatz 17, 70173 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 69 44, Fax 0711 / 64 999 62, www.nabu-stuttgart.de

Zusammengefasst: Eine Steuer auf Einweg-Essensverpackungen ist weit mehr als nur eine neue Abgabe. Sie ist ein strategisches Instrument, um eine Vielzahl von positiven Effekten zu erzielen – von saubereren Städten über die Schonung wertvoller Ressourcen bis hin zu einem bewussteren Konsumverhalten. Sie bietet eine Chance, die Herausforderungen der Konsumgesellschaft konstruktiv anzugehen und einen wichtigen Schritt in Richtung einer gesünderen Zukunft unserer Stadt zu machen.

3. Wie würden Regelungen zur Verpackungssteuer aussehen?

Idealerweise sind die Regeln klar, eindeutig und möglichst ohne viele Ausnahmen definiert. Es ist auf jeden Fall sinnvoll, sich an den Konzepten von Tübingen und Konstanz zu orientieren. Zum einem hat sich das Konzept der beiden Städte bewährt, zum anderen ist es für die Kunden und für die Gastro-Betriebe sehr hilfreich, wenn die Regelungen in allen deutschen Städten und Kommunen gleich sind bzw. sehr ähnlich sind.

So funktioniert die Verpackungssteuer in Tübingen:

Was ist steuerpflichtig?

- Einwegverpackungen, -geschirr und -besteck, sofern Speisen und Getränke darin bzw. damit für den unmittelbaren Verzehr an Ort und Stelle oder als mitnehmbares Take-away-Gericht oder To-go-Getränk verkauft werden (z. B. warme Speisen und Getränke, Eis von der Eisdiele, Salat mit Soße und Besteck, Getränke „to go“).
- Die Steuer gilt unabhängig vom Material (Holz, Plastik, Papier, Naturfaser)

- Die Steuer fällt nicht an bei der Verwendung von Mehrwegverpackungen (vom Anbieter gestellte Mehrwegverpackungen mit Pfand oder vom Kunden mitgebrachte Behältnisse)
- Von der Verpackungssteuer ausgenommen sind z.B. Kleinstverpackungen (z. B. Ketchup-, Mayonnaise- und Zuckertüten), Papierservietten, Eiswaffeln und Getränkeverpackungen, die dem gesetzlichen Einwegpfand unterliegen

Wie hoch ist die Steuer?

- Einweg-Getränkeverpackungen → 50 Cent, z.B. Coffee-to-go-Becher, Flaschen, die nicht dem Pfandsystem unterliegen
- Einweg-Geschirr oder Einweg-Essensverpackungen → 50 Cent, z.B. Burger-Schachteln, Pommes-Schalen, Pizza-Kartons, Sushi-Boxen
- Einweg-Besteck → 20 Cent, z.B. Gabel, Löffel, Messer, Stäbchen

Wer muss die Steuer entrichten?

- Die Steuer wird von den Endverkäufern von Speisen und Getränken (Gastronomiebetriebe, Bäckereien, Imbisse, Supermärkte mit Heißtheken etc.) erhoben.

4. Nicht alle befürworten die Verpackungssteuer. So hat die IHK im Februar eine Umfrage unter betroffenen Mitgliedsunternehmen gemacht. Dort befürchtet man vor allem eine neue Bürokratie mit Dokumentationspflichten, Schulungspflichten sowie im Großen und Ganzen steigende Kosten und in der Folge rückläufige Umsätze. Man

rechnet sogar mit Geschäftsaufgaben und einer Verschlechterung der Versorgung für Arbeitnehmer*innen, Schüler*innen und Studierenden, sollte die Steuer eingeführt werden. Sind diese Befürchtungen berechtigt und auch belegbar?

Die Einführung einer Verpackungssteuer würde für die Stadtverwaltung zunächst in der Tat einen gewissen Mehraufwand bedeuten. Ein Aufwand, der sich aus finanzieller Sicht und auf lange Sicht jedoch lohnt. Schauen wir nochmal nach Tübingen: Im ersten Jahr der Einführung der Verpackungssteuer dort standen Ausgaben von 100.000 € für zusätzliches Personal Einnahmen von 950.000 € gegenüber. Das sind zusätzliche finanzielle Mittel für Reinigungsmaßnahmen oder zur Verbesserung der Mehrweg-Infrastruktur.

Umso wichtiger ist es, dass die Regelungen zur Verpackungssteuer klar, präzise und einfach und möglichst ohne Ausnahmen definiert werden, um den Aufwand für die Stadtverwaltung so gering wie möglich zu halten.

Man kann sich die Erfahrungen aus Tübingen und Konstanz für eine effektive Einführung und den Aufbau einer schlanken Verwaltung der Steuer ja zunutze machen. Natürlich wird die Stadt auch auf eigene Erfahrungen mit kommunalen Steuern, wie z.B. der Hundesteuer oder Vergnügungssteuer, zurückgreifen, um ein effizientes Verfahren zu etablieren. Durch digitale Prozesse ließe sich der bürokratische Aufwand natürlich zusätzlich minimieren.

5. Wie realistisch ist es, dass sich die Versorgungslage für einzelne Bevölkerungsgruppen wegen der Verpackungssteuer verschlechtert?

Diese Sorge scheint auf den ersten Blick nachvollziehbar. Vor allem Berufstätige, Schüler*innen oder Studierende, die keine Möglichkeit haben in einer Kantine oder Mensa zu essen, sind auf die Speisen und Getränke „unterwegs“ angewiesen.

In Städten wie Tübingen, in denen die Steuer bereits eingeführt wurde, sind jedoch keine größeren Engpässe oder eine spürbare Verschlechterung des Angebots beobachtet worden.

Die Preise von Speisen und Getränken bleiben stabil, denn die Steuer wird nur auf die Verpackung erhoben. Bei der Nutzung der Mehrwegbehälter bzw. eigener Behältnisse wird die Steuer nicht fällig und somit kommt es auch aus finanzieller Sicht zu keiner Verschlechterung.

6. Ist aufgrund einer Verpackungssteuer tatsächlich mit steigenden Kosten für die Take-Away-Gastro und damit steigenden Preisen der Waren zu rechnen? Und wenn ja, wie ist das aus Ihrer Sicht zu bewerten?

In der Einführungs- bzw. Übergangsphase wird es für die Betriebe zu leicht steigenden Kosten kommen, z.B. weil sie Mehrwegbehälter und Spültechnik anschaffen müssen, Kassensysteme und Buchhaltung anpassenund auch die Kundschaft aufklären und informieren müssen.

Deshalb ist besonders wichtig, dass die Stadt die Betriebe in dieser Einführungsphase unterstützt. Die Stadt sollte Förderprogramme einrichten, um vor allem kleinere Betriebe finanziell zu unterstützen. Sie könnte auch die Informations- und Aufklärungskampagne übernehmen und so den Aufwand für die Betriebe minimieren.

Viele Gastro-Betriebe haben ja auch schon Erfahrung mit Mehrwegsysteme, zum Beispiel durch die schon 2023 eingeführte bundesweite Mehrwegsangebotspflicht oder weil einfach schon früh auf nachhaltige Lösungen gesetzt wurde.

Wenn ein Betrieb vollständig auf Mehrweg umsteigt, dann spart er sich die Kosten für die Einmalverpackungen und kann die Steuer komplett aus seiner Buchhaltung verbannen.

7. Wie realistisch sind Umsatzrückgänge und in der Folge Insolvenzen bzw. Geschäftsaufgaben der Take-Away-Gastro aufgrund einer Verpackungssteuer?

Durch die positiven Effekte, die von der Verpackungssteuer ausgehen, erscheinen Umsatzrückgänge der Gastro-Betriebe eher unwahrscheinlich.

Die Gastro-Betriebe, die sich aktiv auf die neue Situation vorbereiten (gute Kommunikation, gutes Mehrwegangebot), haben sehr wahrscheinlich keinen Umsatzrückgang zu befürchten. Es ist nicht davon auszugehen, dass die Bürger*innen auf den Coffee to-go im Park oder auf die Portion Pommes nach dem Kino verzichten. Es wird vielmehr zu einer Verhaltensänderung in Bezug auf Mehrwegnutzung kommen anstatt zum Konsumverzicht.

Für die Bürger*innen wird das Thema Nachhaltigkeit immer wichtiger. Somit kann das Mehrwegangebot als Marketing-Vorteil genutzt werden, um auch neue Kunden zu gewinnen. Der Wandel zu nachhaltigen Angeboten sichert langfristig die Wettbewerbsfähigkeit.

Weniger Müll im Stadtbild sorgt für ein schöneres Umfeld rund um die Gastro-Betriebe, was wiederum sich wiederum positiv auf den Verkauf auswirken kann.

8. Wie wäre Ihrer Meinung nach der ideale Umgang der Take-Away-Gastronomie mit den Verpackungen und Gefäßen?

Der ideale Umgang der Take-Away-Gastronomie mit Verpackungen und Gefäßen lässt sich in einem Satz zusammenfassen: Mehrweg als Standard, Einweg nur als Ausnahme! Es gibt dazu auch schon einige Optionen.

Mehrweg sollte auf jeden Fall kein „Extra“ mehr sein, sondern der Normalfall. Kund*innen bekommen ihr Essen oder Getränk automatisch in einem Mehrweggefäß – und müssen für

Ausnahmefälle aktiv nach Einweg fragen. Um das zu erreichen, sollten die Gastro-Betriebe ihren Kund*innen die Nutzung von Mehrweg „schmackhaft“ machen.

Gut sichtbare Hinweise in den Restaurants und aktive Kommunikation der Service-Mitarbeiter sollten die Kund*innen darüber informieren, wie das Mehrwegsystem funktioniert (Pfand, Rückgabe, Möglichkeit eigene Gefäße mitzubringen) und welche Vorteile daraus resultieren. Kleine Anreize wie z.B. Aktionswochen, Rabatte, Bonuspunkte und Dankeschön-Aktionen können zusätzlich motivieren.

Das Bereitstellen eines komfortablen Mehrwegsystems ist sehr wichtig für eine gute Akzeptanz durch die Kund*innen. Systeme, wie z.B. Vytal und Recup & Rebowl, die sich in Stuttgart schon etabliert haben, haben den Vorteil, dass die Rückgabe in unterschiedlichen Gastro-Betrieben möglich ist.

9. Wie könnte eine Verpackungssteuer und deren Umsetzung in der Verwaltung so gestaltet werden, dass sie einerseits der Stuttgarter Gastronomie nicht schadet, andererseits jedoch der Sauberkeit und dem Umweltschutz dienlich ist?

Das ist die zentrale Frage – und genau der Punkt, an dem sich entscheidet, ob eine kommunale Verpackungssteuer in Stuttgart als Erfolg oder als Belastung wahrgenommen wird.

Die gute Nachricht: Die Erfahrungen aus Tübingen und Konstanz zeigen, dass eine Verpackungssteuer wirtschaftsverträglich, sozial ausgewogen und ökologisch wirksam

gestaltet werden kann, wenn Verwaltung, Politik und Gastronomie frühzeitig und partnerschaftlich zusammenarbeiten.

Nur wenn die Steuer von allen verstanden und mitgetragen wird, kann es zum gewünschten Erfolg führen. Eine gute Kooperation von Stadtverwaltung, Gastronomie, DEHOGA, IHK und Anbieter von Mehrwegsystemen ist dazu notwendig.

Wichtige Eckpunkte für die erfolgreiche Umsetzung einer Verpackungssteuer sind:

- Die bewährten Regelungen aus Tübingen und Konstanz übernehmen
- Erfahrungsaustausch mit Tübingen und Konstanz
- Digitale Prozesse für die Verwaltung der Steuer, z.B. Online-Meldeportal
- Die Verwendung der Einnahmen sollte sichtbar und zweckgebunden sein:
  - für die Stadtreinigung durch die AWS
  - für Förderprogramme für die Gastronomie
  - für Informationskampagnen zur Verpackungssteuer, zu Mehrweg und zur Abfallvermeidung
- Zuschüsse für die Gastronomie z.B. für Spültechnik und Mehrweggeschirr
- Beratung der Gastronomie zur Integration von Mehrweg in den Betriebsablauf

Gruppe Stuttgart e.V.

Pressedienst

30. Oktober 2025

- Verhandeln von Rahmenverträgen mit Anbietern von Mehrwegsystemen
- Kooperation mit bestehenden Mehrwegplattformen (z. B. Vytal, Recup & Rebowl)
- Zivilgesellschaftliche Initiativen, Vereine und Umweltgruppen können mit Infoständen bei Veranstaltungen und Festen für eine saubere Stadt und Mehrweg werben
- Mehrweg-Innovationen vorantreiben und fördern, z.B. die Entwicklung von Rückgabe-Automaten
- Wiederaufnahme des Projektes „Mehr Mehrweg in Stuttgart“ durch die Umweltstiftung ReFrastructure (https://refrastructure.org/)

  In Stuttgart war die Skalierung eines anbieterübergreifenden Rückgabesystems für Mehrweggeschirr ja schon geplant. Unter Berücksichtigung der Erfahrungen aus dem erfolgreichen Projekt in München-Haar (2023) sollte den Kund*Innen die

  Möglichkeit geben, ihre Bowls, Becher & Co. nach dem Verzehr – unabhängig vom Anbieter – bei allen teilnehmenden Gastronomiebetrieben sowie an Rücknahmeautomaten zurückzugeben.

Bei einer positiven Veränderung der Rahmenbedingungen (z.B. Einführung einer Verpackungssteuer) ist ein Neustart des Projektes geplant.

ReFrastructure wird übrigens vom Klimainnovationsfond der Stadt Stuttgart gefördert.

Herausgeber: Naturschutzbund Deutschland NABU e.V., Gruppe Stuttgart, Charlottenplatz 17, 70173 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 69 44, Fax 0711 / 64 999 62, www.nabu-stuttgart.de

Gruppe Stuttgart e.V.

Pressedienst

30. Oktober 2025

Kontakt für Rückfragen (nicht zur Veröffentlichung):
Jennifer Häusler, Greenpeace Stuttgart: Jennifer.Haeusler@gmx.net
Uwe Walker, NABU Stuttgart: uwe.walker@nabu-stuttgart.de, Tel.: 0172 3870721

NABU Stuttgart:
Seit über 100 Jahren setzt sich der Naturschutzbund NABU (1899 als Bund für Vogelschutz in Stuttgart gegründet) dafür ein, Natur und Umwelt zu schützen. Heute zählt der NABU Baden-Württemberg über 132.000 Mitglieder, die Ortsgruppe Stuttgart rund 4.300 Mitglieder.

Greenpeace Stuttgart:
Zweck des international arbeitenden Vereins Greenpeace ist es, die Aufmerksamkeit auf (globale) Umweltprobleme zu lenken und die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen von Menschen, Tieren und Pflanzen zu verhindern. Darüber hinaus setzt sich Greenpeace für die Interessen der Verbraucher*innen ein.
Greenpeace Stuttgart tut dies seit 1982 ehrenamtlich und gemäß den Grundsätzen von Greenpeace: gewaltfrei, überparteilich, finanziell unabhängig und international orientiert.

Herausgeber: Naturschutzbund Deutschland NABU e.V., Gruppe Stuttgart, Charlottenplatz 17, 70173 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 69 44, Fax 0711 / 64 999 62, www.nabu-stuttgart.de